

Stellungnahme zum Flächenverbrauch in und um Tübingen als Problem bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans Reutlingen-Tübingen

Angesichts des neu zu verabschiedenden Flächennutzungsplans und der damit verbundenen Ausweisung von weiteren Flächen als Bauland, die bisher Grünflächen sind, wenden wir uns an die Fraktionen und alle Mitglieder des Gemeinderats, die Stadtverwaltung, den Oberbürgermeister der Stadt Tübingen sowie den Nachbarschaftsverband Reutlingen-Tübingen. Boden und Naturräume sind endliche Güter. Wachstum auf Kosten wertvoller Naturflächen ist nicht mehr zeitgemäß und nicht vereinbar mit dem Ziel von nationalen und internationalen Nachhaltigkeitsstrategien. Zielsetzungen zur Umsetzung von Nachhaltigkeit gab es viele: mit der Studie des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“, mit dem Weltgipfel in Rio 1992, der Agenda 21 und der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland und für die Weltgemeinschaft. Nun fordern wir, dass der Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbands Reutlingen-Tübingen diesem notwendigen Nachhaltigkeitsprinzip („negativer Flächenverbrauch“) gerecht wird.

A- Grundsätzliches

1. Die Umweltbelange Boden, Wasser, Artenvielfalt, Klima/Luft und Landschaft weisen durch ständige Beeinträchtigung eine hohe Empfindlichkeit auf und sind nicht fortwährend kompensierbar.
2. Das fortgesetzte Steigern der Wirtschaftskraft darf nicht das Maß aller Dinge sein.
3. Mit der Ausweisung weiterer Flächen für Gewerbe, Sonderbauten, Wohnraum, Verkehr und Verdichtung nimmt die Lebensqualität in Tübingen ab. Gleichzeitig werden durch Zentralisierung strukturschwache Gebiete in der Umgebung weiter geschwächt.
4. Auch mit wenig Eingriff in die Natur und wenig Anspruch auf Ressourcen ist ein Leben voller Qualität möglich.
5. Auch in anderen Landkreisen und darüber hinaus regt sich Widerstand gegen den Trend des Wachstums / „Gedeihens“ (wie OB Palmer es am 23.5.2017 formulierte)
6. Die schleichende Summation der Inanspruchnahme von wertvollen Naturräumen und landwirtschaftlicher Nutzfläche in der Vergangenheit bis heute nimmt besorgniserregende Ausmaße an und entzieht Menschen, Tieren, Pflanzen und anderen Organismen die Lebensgrundlage.

B- Unsere konkreten Anliegen

1. Für alle Planungsvorhaben muss eine nachweisbare Begründung geliefert werden bzw. es müssen alternative Überlegungen zum Flächenverbrauch zwingend offen gelegt werden und zwar ohne Konkurrenz-Druck zwischen den Kommunen des Nachbarschaftsverbands.
2. Die Stadt - und auch der Nachbarschaftsverband - sollen sich bei Planungsvorhaben bewusst von den bislang angewendeten Berechnungsschlüsseln lösen und sich den Prinzipien von Nachhaltigkeit anpassen.
3. Vor der Freigabe von Bauflächen für Wohnen, Gewerbe, UKT/Uni und andere Sonderbauflächen im FNP muss dem Wachstumswunsch eine transparente Bedarfsanalyse gegenübergestellt und diese in verschiedenen unabhängigen Gremien abgewogen werden.

Das bedeutet im Einzelnen, dass

- a. Neubau reduziert und unternutzte/nicht genutzte Gewerbeflächen/Gebäude der Uni/Uni-Klinik von der Stadt recherchiert werden.

- b. Großflächige Parkplätze aufgelistet und Anreize bzw. Auflagen zur Umwandlung geschaffen werden.
 - c. der ÖPNV und der Ausbau von Berufsfahrradwegen Priorität vor weiterem Ausbau von Autostraßen bekommen.
4. Die Stadt Tübingen soll auf Folgendes Wert legen - und diese Position auf der Ebene des Bundeslandes vertreten. Das heißt im Einzelnen,
- a. dass bei den Planungen von Kliniken medizinische Leistungen genauso gut außerhalb von Tübingen zu erbringen sind, beispielsweise in den Krankenhäusern kleinerer Städte wie Balingen oder Albstadt, anstatt diese Häuser zu schließen, wie es in Hechingen bereits geschehen ist. Dezentrale Einheiten sind notwendig, um einen funktionierenden ländlichen Raum zu erhalten und in unserer alternden Gesellschaft eine regionale Krankenversorgung zu gewährleisten, damit Regionen wie die Alb nicht noch stärker entvölkert werden. Aufwändige Spezialoperationen am Herzen oder Gehirn können in speziellen Zentren erfolgen. Ein Blinddarm oder ein Knochenbruch kann jederzeit auch in einer weniger spezialisierten Klinik fachgerecht behandelt werden.
 - b. dass leer stehende gewerbliche Einheiten - z.B. in Albstadt oder auf der Schwäbischen Alb - für die Unterbringung von Forschungseinrichtungen überprüft werden, um dezentrale Strukturen zu schaffen und ein gesundes regionales Gedeihen zu unterstützen. So können leer stehende Wohngebiete in der Region zum Wohnen wieder attraktiv gemacht werden.
 - c. dass bei weiter steigenden Studierendenzahlen Studienbewerber/innen an andere Hochschulen verwiesen werden, anstatt weitere Flächen in Tübingen zu opfern.
- Die Attraktivität für potentielle Zuwanderung sollte nicht durch Zentralisierung zusätzlich gesteigert werden.
5. Die Abhängigkeit kommunaler Leistungen für soziale Infrastruktur sollte von der Gewerbesteuer abgekoppelt werden.

Wir anerkennen, dass hinsichtlich der Flächenausnutzung für Wohnraum in Tübingen in den letzten Jahren Vieles erreicht worden ist. Es ist eine Leistung, 6.000 Menschen unterzubringen, ohne weiter in die Fläche zu gehen. Analog möchten wir aber erreichen, dass auch für die anstehende Ausweisung von Flächen für Gewerbe, Kliniken und Universität noch stärker auf Flächenrecycling und Erhalt bzw. Schaffung von grünen Inseln Wert gelegt wird.

C- Unsere Forderungen

- Wir - die unterzeichnenden Verbände und Initiativen - fordern die Stadtverwaltung und den Gemeinderat auf dafür zu sorgen, dass die Vernetzung von Lebensräumen für Tier- und Pflanzenarten und Menschen erhalten bleibt und auch innerstädtische Flächen, deren Bebauung mit hoher Umweltauswirkung einhergehen würde, nicht bebaut werden.
- Die Stadtverwaltung sollte ein innovatives Konzept des Wirtschaftens ohne weitere Zentralisierung und ohne weiteres Wachstum in einer breiten bürgerschaftlichen Diskussion erarbeiten. Tübingen besitzt mit der Universität und der aktiven Bürgergesellschaft dafür die besten Voraussetzungen für eine solche Entwicklung. Aufgrund seiner Größe hat Tübingen die Chance zur Modellstadt für reale Nachhaltigkeit zu werden.

Tübingen, den 9.7.2017

Folgende Initiativen stehen hinter dieser Stellungnahme:

 <p>Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. Arbeitskreis Tübingen</p>	 <p>Tübingen e.V.</p>
<p>Bürgerinitiative</p>  <p>Käsenbachtal</p>	 <p>Netzwerk Blühende Landschaft Regionalgruppe Tübingen</p>
 <p>NABU Gruppe Tübingen</p>	<p>Bürger- Initiative Weststadt</p> 
<p>Interessengemeinschaft „Steinenberg“</p>	<p>Interessengemeinschaft „Unteres Burgholz“</p>
<p>VEbTiL e.V.</p>  <p>Verein zur Erhaltung bedrohter Tierarten und ihrer Lebensräume Tübingen e.V.</p>	 <p>Nachbarschaftsnetz Äußere Weststadt</p>

SHB

Schwäbischer Heimatbund
Ortsgruppe Tübingen



**Schwäbischer
Albverein**
Tübinger-Gau